



## **2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Herr Rauner informiert darüber, dass die unter TOP 5 geplante Diskussion zum Antrag von Danny Schilling zum Einrichten einer Tempo-30-Zone an der Rettungswache Rudolf-Diesel-Straße in Weißenfels auf die nächste Sitzung verschoben wird. Er begründet dies mit der Abwesenheit des Antragstellers zur heutigen Sitzung.

Die in der letzten Sitzung angekündigten Informationen zum Baugebiet „Am Holländer“ in Großkorbetha liegen noch nicht vollständig vor und werden in der nächsten Sitzung thematisiert.

Unter Beachtung dieser Hinweise wird die Tagesordnung angenommen.

## **3. Einwohnerfragestunde**

Herr Uwe Horn bezieht sich auf die aktuellen Diskussionen um das Baugebiet „Am Holländer“ in Großkorbetha. Die Wohnbebauung ist seit 1994 in mehreren Bauabschnitten geplant. Eine im Jahr 2013 auch vom Ortschaftsrat beschlossene B-Plan-Änderung betrifft Geschosshöhen stellt sich nach heutiger Sicht als nicht geeignet für das Wohngebiet heraus.

Herr Horn bittet um Beantwortung seiner nachfolgenden Fragen, die er auch in schriftlicher Form an die Stadtverwaltung übergibt:

Seit wann liegt ein konkretes Bauprojekt vor?

Passen sich die neuen Häuser der Umgebung der innerörtlichen Bebauung an?

Wann wird der Ortschaftsrat Großkorbetha, wie vom OB Risch zur Haushaltsdiskussion versprochen, vom konkreten Projekt durch den Investor informiert?

Die Fragen werden zum jetzigen Zeitpunkt gestellt, weil der Kampfmittelbeseitigungsdienst seine Arbeiten schon abgeschlossen hat. Die Grundstücke sind bereits eingemessen. Am heutigen Tag sind Bohrungen durchgeführt worden. Dies alles deutet auf einen baldigen Baubeginn hin.

Herr Rauner verweist auf die für den 19.07.2021 geplante Sitzung des Ortschaftsrates Großkorbetha, bei der Informationen vom Bauträger erteilt werden.

Frau Peege wünscht zum gleichen Baugebiet Auskunft darüber, wann genau die Bauzulassung ergangen ist. Diese Auskunft ist notwendig, um die Prüfung zur Wahrung der Rechte der Anwohner einzuleiten.

Herr Rauner sichert die umgehende Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung zu.

Von Herrn Rauner wird die Bitte an die Verwaltung herangetragen, den Mitgliedern des Stadtentwicklungsausschusses die Übersicht verschaffenden Bauunterlagen zur nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

## **4. Abfallrechtliches Plangenehmigungsverfahren für die Deponie Tagewerben - Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens**

Frau Rex führt in den Sachstand ein. Der auf dem Gelände ausgekieste Bereich soll aufgefüllt werden. Aus diesem Grund wird die Errichtung und der Betrieb einer Inertstoff-Deponie zur Verfüllung mit unschädlichen Stoffen beantragt.

Die Prüfung der Stoffe erfolgt durch den Burgenlandkreis.

Frau Rex verliest die nachgereichte Ergänzung unter Pkt. 4 zum Beschlussvorschlag. Die kurzfristige Nachreichung begründet sie mit der innerhalb der Ladungsfrist noch unvollständigen Übermittlung der Unterlagen durch den für das Verfahren zuständigen Burgenlandkreis.

Nach Aussage von Herrn Walther sind beim zuständigen Ministerium keine Informationen über die beantragte Errichtung einer Deponie in Tagewerben bekannt.

Herr Walther weist die Verwaltung auf die Einhaltung der Ladungsfrist hin und kritisiert die verspätete Übersendung der Ergänzung des Beschlussvorschlages. Eine Vorbereitung auf das umfangreiche Thema ist somit nicht ausreichend möglich.

Frau Rex wiederholt, dass der Burgenlandkreis unmittelbar Verfahrensbeteiligter ist und die Unterlagen übersendet, die zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens notwendig sind.

Herr Walther bemängelt die fehlende verbale Fassung der landschaftspflegerischen Maßnahmenplanung. Eine Skizze ist hier nicht ausreichend, um den Sachverhalt bewerten zu können.

Herr Patzschke teilt mit, dass der ehemalige Gemeinderat Tagewerben den Kiesabbau genehmigt hat unter der Bedingung, dass eine Verfüllung stattfindet, wenn der Kiesabbau beendet ist. Dieser Abmachung folgt die Firma mit der Beantragung beim zuständigen Burgenlandkreis zur Errichtung einer Deponie zur Einlagerung nicht umweltschädlicher Stoffe in der ausgekiesten Grube.

Herr Ostermann gibt zu bedenken, dass trotz gesetzlicher Vorgaben die ehemalige Deponie in Großkorbetha nicht ordnungsgemäß verfüllt wurde. Er hinterfragt die Prüfung der Nachhaltigkeit der beantragten Maßnahme und die Kontrollmechanismen.

In der beigefügten Auflistung der einzulagernden Stoffe finden sich auch solche, die in anderen Bundesländern nicht zur Einlagerung erlaubt sind.

Mit diesem Hinweis schlägt Herr Ostermann keine gesamtheitliche Abstimmung zum Sachverhalt, sondern eine nach Abfallstoffen differenzierte Abstimmung vor.

Herr Hofmeister bemängelt die unvollständige Aufzählung der einzulagernden Abfälle in der Tabelle ab Seite 3. In der rechten Spalte zur Bezeichnung eines Abfallstoffes wird auf Abfallschlüsselnummern in der linken Spalte verwiesen, die dort aber nicht aufgelistet sind. Er bittet um Vervollständigung.

Frau Rex bezieht sich auf die Übersendung der Unterlagen vom Burgenlandkreis und dass diese von der Stadt weder vervollständigt noch überarbeitet werden können. Der Burgenlandkreis wird um Übermittlung der fehlenden Unterlagen ersucht.

Herr Günther bezieht sich auf den Hinweis im Sachstandsbericht, dass mit Stadtratsbeschluss SR 438-35/2012 für einen Zeitraum von weiteren 10 Jahren bis zum Jahr 2022 das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde und hinterfragt die Notwendigkeit einer vorzeitigen neuen Antragstellung.

Herr Wolter schlägt die Prüfung der Möglichkeit vor, eine weitere Verlängerung der bisherigen Vereinbarung zu beschließen. Der neue Antrag enthält viele zusätzlich aufgelistete Stoffe, deren Charakterisierung im Hinblick auf mögliche schädliche Inhaltsstoffe schwierig ist.

Frau Gäßler informiert, dass die angesprochene erteilte Verlängerung der Genehmigung zum Abbau von Kies nach Naturschutzrecht erteilt wurde.

Die Verfüllung der ausgekiesten Grube mit bisher dort nicht eingelagerten Stoffen erfolgt nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und bedingt die vorliegende Antragstellung.

Herr Rauner bezieht sich auf die Hinweise von Herrn Hofmeister zu den nicht nachvollziehbaren Bezügen auf Abfallstoffe und bittet die Verwaltung um Zuarbeit der fehlenden Informationen.

Die Entscheidung über die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens stellt Herr Rauner bis

zum nächsten Stadtentwicklungsausschuss zurück.

## **5. Antrag Stadtrat Gunter Walther Respekt ist eine sichere Bank, Initiative zu 100 Jahre Frauentag**

Frau Henze stellt das Projekt vor und beschreibt die Bemühungen des Frauenarbeitskreises und des Frauenhausvereins um die Möglichkeit zum Aufstellen einer roten Bank als Zeichen gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt.

Es wurden bereits Kontakte geknüpft, Sponsoren für den finanziellen Teil und Firmen für die praktische Umsetzung des Projektes zu finden.

Im Ergebnis ist die Idee entstanden, dass 2 rote Bänke angeschafft werden. Eine für die Kernstadt Weißenfels und eine für die Ortschaften. Es soll kein Dauerplatz gesucht werden, sondern die Bank soll regelmäßig den Standort wechseln. Dies auch beispielsweise in Begleitung einer kulturellen Darbietung oder der Vorstellung ortsansässiger Firmen oder Vereine.

Die Ortschaftsräte werden in die aktive Standortwahl in deren Ortschaften einbezogen.

Abschließend erfolgt die Klarstellung, dass es sich nicht um den 100. sondern um den 110. Jahrestag der Einführung des Internationalen Frauentages handelt.

### **Beschlussempfehlung:**

Anlässlich des 100. Jahrestages der Einführung des Internationalen Frauentages am 8. März 2021 und in Vorbereitung des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November, der sich 2021 zum 40. Mal jährt, beteiligt sich die Stadt Weißenfels an der Initiative „Rote Bank – Panchina Rossa“.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, potentiell geeignete Örtlichkeiten im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden zu benennen, an denen eine Rote Bank platziert werden kann und die Umsetzung auf den Weg zu bringen (z.B. auch mittels Spendenaufrufe und Sponsorengewinnung)

Ergänzung:

Der Stadtentwicklungsausschuss folgt im Einverständnis mit Herrn Walther dem ergänzenden Vorschlag zur Beschaffung von 2 roten Bänken, die an wechselnden Standorten in der Kernstadt und in den Ortsteilen aufgestellt werden.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 11	dagegen: 0	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner:	dafür: 3	dagegen: 1	Enthaltung: 0

## **6. Antrag Fraktion DIE LINKE- Die PARTEI Revitalisierung der alten Bergschule**

Herr Stehr beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass es nicht um einen Beschluss zur endgültigen Unterbringung des Stadtarchivs geht, sondern um die Prüfung des Standortes und der Machbarkeit.

Der desolate Zustand des Gebäudes soll beseitigt und das geschichtsträchtige Haus wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Alternativen zur Nutzung können in die Diskussion eingebracht werden.

Herr Rauner schließt sich dem Wunsch an, die Bergschule vor dem Verfall zu retten und eine sinnvolle Nutzungsmöglichkeit zu finden und umzusetzen.

Herr Klitzschmüller beanstandet die Stellungnahme der Verwaltung, welche nach seiner Meinung sehr ablehnend dem Vorhaben gegenüber formuliert ist. Die Begründung der fehlenden Verkehrsanbindung und der Mangel an Parkplätzen ist nicht nachvollziehbar, ebenso die fehlende räumliche Abgrenzung zum Grundschulobjekt Bergschule.

Die Kostenschätzung in Höhe von ca. 10 Millionen Euro erscheint ihm sehr hoch.

Frau Rex ergänzt die Stellungnahme der Verwaltung im Hinblick auf die aufgeworfenen Fragen. Für die Schaffung einer öffentlichen Einrichtung besteht auf dem in Rede stehenden Schulgelände keine Möglichkeit. Die strengen Zutrittsbeschränkungen für Schulgelände lassen es nicht zu. Hier wäre zu prüfen, ob eine andere Zuwegung geschaffen werden könnte.

Die benannten hohen Kostenschätzungen entstehen durch notwendige Maßnahmen zur Gebädestabilisierung gerade auch in dieser Hanglage. Ein Archiv in Bestandsgebäude einzubauen, ist unter Beachtung der rechtlichen Vorgaben schwierig und baulich kaum umsetzbar. Das Archiv in der Bergschule unterzubringen, ist bautechnisch nicht wirtschaftlich.

Herr Klitzschmüller erinnert an den großen gemeinsamen Schulhof der beiden Schulgebäude, der nun komplett der Grundschule zugeteilt ist. Eine erneute Trennung würde die Zuwegung zu einer öffentlichen Einrichtung ermöglichen.

Frau Rex weist darauf hin, dass der Schulhof komplett der Grundschule zugeteilt ist und so auch die Eingrenzung nach allen Seiten zum Schutz der Kinder eingehalten ist.

Herr Klitzschmüller äußert seine Bedenken, dass unter diesen Voraussetzungen überhaupt eine Nutzung der Bergschule möglich und gewollt ist.

Herr Kabisch-Böhme vertritt den Standpunkt, dass es nicht notwendig ist, über die Schaffung eines Archivs in der Bergschule mit einem Kostenvolumen von mindestens 10 Millionen Euro zu diskutieren, wenn erst vor kurzer Zeit die Möglichkeit eines Archivbaus mit weniger Eigenanteil und einer hohen Fördersumme abgelehnt wurde.

Weiterhin besteht in der Grundschule Bergschule akuter Platzmangel, so dass eine Containerlösung Abhilfe schaffen musste. Es wäre dann doch eher denkbar, aus dem Gebäude der alten Bergschule wieder eine Schule zu machen, damit auf dem gesamten Gelände ausreichend Räumlichkeiten für alle Schüler vorhanden sind.

Herr Rauner bekräftigt den Wunsch, die alte Bergschule erhalten zu wollen und Lösungen zur Nutzung zu finden. Die Stellungnahme der Verwaltung hat sich antragsgemäß auf die Bewertung zur Schaffung eines Archivs bezogen und ist im Ergebnis der Prüfung zur Ablehnung gekommen.

Herr Walther bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung und den beschriebenen schlechten baulichen Zustand der Bergschule. Ihm fehlen hier alternative Aussagen zu Nutzungsmöglichkeiten.

Nach einer kurzen Diskussion, ob über die Revitalisierung der alten Bergschule im Allgemeinen oder die im Antrag formulierte Schaffung des neuen Stadtarchivs abgestimmt werden soll, einigen sich die Stadträte auf das Verlesen des Antragstextes und die Abstimmung dazu.

Herr Klitzschmüller kündigt an, einen neuen Antrag zu formulieren, der die Revitalisierung der alten Bergschule fordert.

### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat der Stadt Weißenfels:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt als Standort für das neue Stadtarchiv das leerstehende Gebäude der Bergschule und die Fläche des bereits abgerissenen Hinterhauses in der Alten Bergstraße mit Blick auf bauliche Umsetzbarkeit und zu nutzende Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise Städtebau- oder Strukturwandelfördermittel, zu prüfen.

Abstimmung

Stadträte:	dafür: 2	dagegen: 9	Enthaltung: 1
Sachkundige Einwohner:	dafür: 0	dagegen: 3	Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag nicht empfohlen.

## **7. Antrag Fraktion DIE LINKE- Die PARTEI Dritter Zugang Friedhof (neu)**

Herr Klitzschmüller bedauert, nicht zu den Beiratssitzungen zu diesem Thema vorgesprochen zu haben. Nach seiner Meinung wurden den Beiräten zur Entscheidungsfindung nicht alle Unterlagen vollständig vorgelegt, so dass es zur ablehnenden Entscheidung kam.

In Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung äußert er seine Bedenken zur wahrheitsgemäßen Darstellung des Sachverhaltes, dass bisher keine Zuwegung vorhanden war. Er zeigt anhand einer Skizze, dass es einen 3. Zugang gab.

Herr Rauner fasst die bereits über mehrere Sitzungen andauernde Diskussion zusammen und verweist auf die ordnungsgemäße Auslegung und die Beteiligung der Öffentlichkeit am Bebauungsplan der Siedlung. Einwände wurden nicht vorgebracht.

Die Rechtmäßigkeit des von Herrn Klitzschmüller angezweifelte korrekten Abstimmungsergebnisses der WVW im Jahr 2019 zur Ablehnung des Verkaufs der notwendigen Fläche an die Stadt Weißenfels hat sich Herr Rauner heute telefonisch bestätigen lassen.

Frau Rex informiert über das alleinige Verfügungsrecht der Eigentümer über deren Grundbesitz. Es kann in der Fanny-Tarnow-Siedlung keine B-Plan-Änderung geben, die nachträglich zur Änderung der Verkehrsbelastung führt. Den entscheidungsbefugten Gremien haben alle relevanten Unterlagen zur Entscheidungsfindung vorgelegen.

Herr Günther bestätigt die mehrfach besprochenen Verfahren und deren Rechtmäßigkeit. Die Öffentlichkeit ist über Auslegung beteiligt worden, die Gremien haben beraten und abgestimmt.

Herr Kunze äußert sein Unverständnis darüber, dass der Friedhof in seiner 130-jährigen Geschichte die längste Zeit den 3. Zugang hatte und dieser auf für viele Menschen unverständliche Weise verschlossen wurde.

Herr Wolter ist der Meinung, man solle den beschlossenen B-Plan akzeptieren. Die Anwohner haben sich in Kenntnis dessen für das Wohnen dort entschieden.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Wiedereinrichtung des 3. Friedhofeingangs im Bereich der Fanny-Tarnów-Siedlung.

Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Schritte zur Wiedereinrichtung des im Zuge der Baumaßnahmen entfernten Friedhofszugang in die Wege zu leiten.

Abstimmung:

Stadträte:	dafür: 4	dagegen: 6	Enthaltung: 2
Sachkundige Einwohner:	dafür: 1	dagegen: 2	Enthaltung: 1

Damit ist der Antrag nicht empfohlen.

## **8. Antrag Fraktion DIE LINKE- Die PARTEI Aufbringung eines Popup-Radweg auf der Fahrbahn Langendorfer Straße**

Herr Klitzschmüller begründet den Antrag mit den Sicherheitsproblemen, die Radfahrer speziell an der schmalen Stelle der Langendorfer Straße haben. Beim Überholen eines Radfahrers werden selten die vorgeschriebenen 1,50 m Abstand eingehalten. Um hier die Sicherheit der Radfahrer zu erhöhen, ist der Popup-Radweg eine denkbare Alternative. Wenn auch nicht in allen Straßen aufgrund baulicher Beschaffenheit umsetzbar, so soll es doch möglich sein, die Radfahrer durch die Schaffung solcher oder anderer Maßnahmen zu schützen.

Herr Kabisch-Böhme sieht die Diskussion um die Sicherheit der Radfahrer als sehr wichtig an. Er schlägt vor, den Antrag in der AG Rad zu besprechen und die erarbeiteten umsetzbaren Vorschläge von dort in die zuständigen Gremien zur Beschlussfassung zu verteilen.

Herr Klitzschmüller ist mit der Verweisung des Antrages in die AG Rad einverstanden.

Abstimmung der Verweisung in die AG Rad:

Stadträte:	dafür: 12	dagegen: 0	Enthaltung: 0
Sachkundige Einwohner:	dafür: 4	dagegen: 0	Enthaltung: 0

Der Antrag wird in die AG Rad verwiesen.

## **9. Antrag Fraktion DIE LINKE- Die PARTEI Wiederherstellung des durchgängigen Fußweges Seumestraße (südlich) zwischen Otto-Schlag-Straße und Hardenberg Straße**

Herr Klitzschmüller begründet den Antrag mit der Notwendigkeit, einen durchgehenden Fußweg für Menschen mit Gehhilfen in Richtung Lebensmittelmarkt zu schaffen.

Frau Scheunpflug weist darauf hin, dass eine gemeinsame Klärung mit den betroffenen Hausbewohnern der Otto-Schlag-Str. 36 und den zuständigen Behörden erfolgt ist. Im Ergebnis wurden barrierefreie Straßenquerungen und ergänzend dazu abgesenkte Gehwege geschaffen.

Nach Ansicht von Herrn Klitzschmüller ist die jetzige Streckenführung nicht für alle Menschen, die auf Gehhilfen oder Rollstühle angewiesen sind, gut praktikabel. Der Weg zum Lebensmittelmarkt erfordert mehrfache Straßenquerungen.

Herr Arning bestätigt, dass der von Frau Scheunpflug angesprochene Kompromiss der barrierefreien Straßenführung mit abgesenkten Gehwegen in Absprache mit den Betroffenen umgesetzt wurde.

Er gibt zu bedenken, dass die Schaffung eines neuen Fußweges grundhaft erfolgen muss und den käuflichen Erwerb der Grundstücksflächen bedingt, die momentan als Parkplätze genutzt werden.

Herr Günther weist auf die seiner Meinung nach fehlerhafte Formulierung der Antragstellung hin. Es kann hier nicht um die Wiederherstellung eines Fußweges gehen, sondern um die Schaffung eines neuen Fußweges mit der Notwendigkeit zum Erwerb weiterer Grundstücksflächen. Die Parkplätze sind seit Entstehung des Wohngebietes an dieser Stelle.

Herr Rauner bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die Möglichkeit zum Erwerb der Grundstücksflächen besteht und verlegt den Antrag auf die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

## **10. Beantwortung von Anfragen**

Folgende Beantwortungen liegen von der Verwaltung vor:

- AF 091/2021 – Bebauungspläne in umliegenden Ortsteilen

Herr Wolter bezieht sich auf die bisherige Verfahrensweise der Stadtverwaltung Weißenfels, Baugebiete in den Ortschaften lediglich im Umfang des für den Eigenbedarf der Ortschaft notwendigen Bedarfs zu genehmigen. Aus der Beantwortung der Anfrage 091/2021/1 ist ersichtlich, dass in einem Stadtteil der Stadt Hohenmölsen die Erschließung eines großen Baugebietes möglich ist. Das würde ja bedeuten, dass im Ortsteil Bora auch ein Baugebiet größeren Umfangs als nur für Eigenbedarf möglich wäre.

Herr Wolter bittet um Information zu den unterschiedlichen Verfahrensweisen.

## **11. Mitteilungen und Anfragen**

Herr Kabisch Böhme lobt die Initiative zur Erhaltung geschichtsträchtiger Gebäude und die vielen Ideen zur Nutzung. Oft gibt es gute Vorschläge, die aus baulichen oder kostenintensiven Gründen aber nicht umsetzbar sind. Um diesen Kreislauf von Ideen und Ablehnungen zu unterbrechen, schlägt er für den Stadtentwicklungsausschuss vor, anhand einer von der Verwaltung zur Verfügung gestellten Liste in städtischer Hand befindlicher Immobilien die Diskussion über deren mögliche Nutzung aufzunehmen.

Die vom Stadtentwicklungsausschuss erarbeiteten Nutzungsvorschläge werden der Verwaltung zur Prüfung der Umsetzungsmöglichkeit übermittelt.

Von Herrn Kabisch-Böhme wird auf die teilweise in sehr schlechtem Zustand befindlichen Fußwege im Stadtgebiet hingewiesen, auch in der Gustav-Adolf-Straße nahe der Kirche. Er bittet um eine Übersicht von der zuständigen Abteilung der Stadt, welche Fußwege aufgearbeitet werden müssen und wann dies finanziell eingeplant ist.

Herr Rauner weist auf die Begehungspflicht der Stadt hin und erwartet diese Übersicht zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses.

Er befürwortet den Vorschlag, von der Stadt eine Prioritätenliste von erhaltenswerten Immobilien zu erhalten, um über eine mögliche Nutzung zu diskutieren.

Frau Rex teilt mit, dass es eine Prioritätenliste erforderlicher Erhaltungsmaßnahmen an städtischen Immobilien gibt. Im Vordergrund stehen im Rahmen der Erfüllung der Pflichtaufgaben die Gebäude von Schulen, Kitas und Feuerwehren.

Herr Rauner bittet um Vorstellung dieser Vorgänge in der nächsten Sitzung.

Herr Ostermann bezieht sich auf die Diskussion zu den B-Plänen und weist auf die Wichtigkeit hin, Entwicklungsziele der Stadt und Ortschaften zu definieren. Das verhindert mehrfache Änderungen.

Beim Baugebiet „Am Holländer“ bestätigt Herr Ostermann die nicht weitreichend diskutierte fehlerhafte Änderung des B-Planes und dessen Auswirkungen auf die Veränderungen der Wohnqualität der jetzigen Anwohner. Er weist darauf hin, dass die Auslegung der Baugrenzen wichtig ist und dass kritische Fragen zu stellen sind, wenn B-Pläne geändert werden sollen.

Herr Rauner hofft für die Anwohner des Wohngebietes „Am Holländer“, dass die Beratungen mit dem Bauträger zufriedenstellend im Interesse der betroffenen Bürger verlaufen werden.

Herr Hofmeister bedankt sich beim Kulturamt für die Bemühungen um die Ausstellung der Zeitkapsel.

An den Fachbereich IV richtet sich sein Dank hinsichtlich der Beantwortung seiner Anfrage zur Pflege der Ehrengräber. Man verfolgt somit das gemeinsame Ziel, diese Gräber zu pflegen und zu erhalten.

Herr Hofmeister weist darauf hin, dass ein marodes Gebäude auf dem Weg von der Saalstraße zum Rosalskyweg den Blick auf die grüne Achse trübt und dringend saniert werden sollte.

Im Zuge der Entstehung des Jobcenters im Gebäude der alten Sparkasse hofft Herr Hofmeister auf die Beseitigung maroder Gebäudeteile und Umgestaltung des Areals.

Nach Ansicht von Herrn Hofmeister ist dringend der Kastanienweg als Zugang zum Freibad in Ordnung zu bringen, wie auch der Brückenübergang über den Greißlaubach.

Herr Walther nimmt Bezug auf den Ersatzneubau der Saalebrücke und weist auf seinen Antrag hin, dass die Stadt eine Beteiligung der Öffentlichkeit prüfen soll. Die aus den 4 möglichen Varianten favorisierte Brücke sollte doch von den Bürgern mitbestimmt werden.

Herr Rauner weist hier auf die mögliche Kontaktaufnahme mit der Verwaltung hin, um zu erfragen, wo die Zuständigkeiten liegen und ob eine Mitsprache der Bevölkerung möglich ist.

Manfred Rauner  
Vorsitzender

Heike Bechmann  
Protokollführerin